



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 11. Dezember 2020

BETREFF **Schriftliche Frage Monat November 2020**

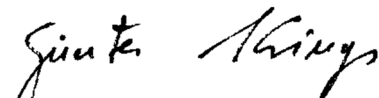
HIER Arbeitsnummer 11/582

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung


Prof. Dr. Günter Krings

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Stephan Brandner
vom 30. November 2020
(Monat November 2020, Arbeits-Nr. 11/582)

Frage

Beabsichtigt die Bundesregierung einen Kabinettsausschuss einzurichten, um einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Linksextremismus erarbeiten zu lassen, so wie es zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rassismus geschehen ist (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinett-rechtsextremismus-1819828>) und in welchem Umfang will die Bundesregierung Finanzmittel in den Jahren 2021 bis 2024 für die Bekämpfung des Linksextremismus bereitstellen (die Antwort bitte begründen)?

Antwort

Die Einrichtung eines entsprechenden Kabinettsausschusses zur Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung des Linksextremismus ist von der Bundesregierung nicht beabsichtigt.

Aufgabe und Verständnis der Bundesregierung ist es, sich allen extremistischen Bestrebungen und Tendenzen dauerhaft und nachhaltig entgegenzustellen. Aus diesem Grund ist die Schwerpunktsetzung sehr vieler Projekte und ganzer Bereiche größtenteils phänomenübergreifend angelegt und somit eine direkte thematische Zuordnung von Fördermitteln nur bedingt möglich. So werden u. a. im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in den Handlungsbereichen Kommune (Partnerschaften für Demokratie) und Land (Landes-Demokratiezentren) den Gebietskörperschaften die Fördermittel zur teilweisen freien Verfügung bewilligt, um damit ganz gezielt den Problemlagen vor Ort begegnen zu können.

Gleiches gilt für zahlreiche Maßnahmen der Bundeszentrale für politische Bildung, die einen phänomenübergreifenden und universalpräventiven Ansatz verfolgt. Eine Bezifferung der durch die Bundesregierung bereitgestellten Haushaltsmittel in den einzelnen Phänomenbereichen ist daher nicht abschließend möglich. Folgende Haushaltsposition zur Bekämpfung des Linksextremismus ist jedoch abgrenzbar und kann mitgeteilt werden: Zur Prävention von linkem Extremismus wurden im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Fördermittel für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 1.209.238,58 Euro beantragt (Modellprojekte und Kompetenzzentrum).

Auf Grund der jährlichen Bewilligung von Bundesmitteln im Bundesprogramm können zum jetzigen Zeitpunkt keine Angaben zu Förderhöhen in Folgejahren gemacht werden.